

Mieten explodieren.

Wir auch!

Die Wohnungssuche in Köln ist für viele zu einem Albtraum geworden – horrenden Mieten, räuberische Maklerprovisionen und viel zu wenige Wohnungen. Aber auch wer eine Wohnung hat, kämpft oft mit Mieterhöhungen, steigenden Nebenkosten oder Vermietern, die notwendige Reparaturen einfach nicht machen.

Viele müssen schon 40-50% ihres Einkommens hinblättern, nur um ein Dach über dem Kopf zu haben. Der *Express* titelte im August: „*Unsere Miete frisst uns auf*“.

Für Menschen mit geringem Einkommen und ungesicherter Beschäftigung wächst der Druck, aus den innenstadtnahen Veedeln in die Randgebiete abgedrängt zu werden, weil die Wohnung zu teuer wird oder sie auf dem Wohnungsmarkt völlig chancenlos sind.

In den vergangenen Jahren wurden auch in Köln ehemals öffentliche Wohnungen von Bahn, Post und Land an Finanzinvestoren verschertelt.

Köln wächst, gleichzeitig gibt es jedes Jahr weniger öffentlich geförderte Wohnungen. Rund 3.000 Wohnungen sind jährlich aus der Sozialbindung gefallen, pro Jahr wurden durchschnittlich lediglich 720 halbwegs günstige Wohnungen gebaut.

„Die private Wohnungswirtschaft ist derzeit nicht am geförderten Wohnungsbau interessiert. Die

Zinsen sind zu niedrig, genauso die Renditen.“
(Ute Piroeth, Bund Deutscher Architekten Köln, im *KStA*, 23.8.12).

Für die Immobilienbesitzer und Bau-Investoren lohnt sich der Bau öffentlich geförderter Wohnungen (Sozialwohnungen) kaum. Die Stadt Köln bietet ihnen günstige Zinsen an, doch das Zinsniveau ist ohnehin auf einem Rekordtief.

Zudem steigt mit dem Wegfall von immer mehr Sozialwohnungen auch die Rendite für die Bestandswohnungen, weil die Mieterinnen und Mieter keine Wahl haben und steigende Mieten akzeptieren müssen.

**Wohnen
muss
bezahlbar
sein**

DIE LINKE. Schäl Sick

DIE LINKE. Ortsverband
Schäl Sick

E-Mail: ov.schael.sick@netcologne.de; Internet: www.die-linke-koeln.de
ViSdP: Claus Ludwig, c/o Die LINKE.Köln, Zülpicher Str. 58, 50674 Köln



Der „Markt“ wird das Problem der fehlenden Wohnungen und steigenden Mieten nicht lösen. Investoren, private Immobilienbesitzer und die Makler verdienen viel zu gut am Mangel an bezahlbaren Wohnungen und der Not von Mietern und Wohnungssuchenden.

WOHNUNGSBAUPROGRAMM

Die Stadt Köln und das Land Nordrhein-Westfalen müssen handeln und ein öffentliches Wohnungsbauprogramm starten.

Seit 1990 sind in Köln rund 60.000 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen, lediglich 43.000 gibt es noch. In Köln haben rund 45% der Haushalte einen Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung, aber es gibt insgesamt nur noch 7,7% Sozialwohnungen.

Wir fordern, dass die Stadt sich ihrer Verantwortung stellt und nicht länger auf private Investoren wartet, sondern selber in den nächsten Jahren mehrere Tausend günstige Wohnungen jährlich baut.

Solch ein Neubauprogramm bezahlbarer Wohnungen würde alle Mieterinnen und Mieter entlasten, denn auch die privaten Vermieter könnten die Mieten nicht weiter nach oben drücken, wenn es Alternativen auf dem Wohnungsmarkt gäbe.

WOHNUNGSVERMITTLUNG

Die Stadt Köln könnte neben einem Wohnungsbauprogramm weitere Maßnahmen ergreifen, um die Lage der Mieterinnen und Mieter zu verbessern: Als Alternative zur Makler-Abzocke könnte eine kostenlose städtische Wohnungs-

vermittlung für Mieter und Vermieter eingeführt werden.

KEINE ZWANGSUMZÜGE

Wir treten dagegen ein, dass BezieherInnen von ALG2 von der Stadt gezwungen werden, ihre angestammten Wohnungen zu verlassen und in wesentlich kleinere Wohnungen umzuziehen. Den Versuch der Stadt, die „Kosten der Unterkunft“ auf dem Rücken der Erwerbslosen nach unten zu drücken, lehnen wir ab.

MIETERINITIATIVEN

Dem Druck, jeden Monat seine Miete bezahlen zu können oder eine neue Wohnung finden zu müssen, ist jede/r allein ausgesetzt. Aber zusammen sind wir viele tausend Menschen in Köln.

In vielen Städten haben Mieter angefangen, sich gegen Abzocke durch hohe Mieten, Vernachlässigung der Instandhaltung, Umwandlung in Eigentumswohnungen und Vertreibung durch Modernisierung zur Wehr zu setzen.

In München haben sich Mieterinitiativen zum *Mieterbündnis für Bezahlbares Wohnen* zusammengeschlossen. In Hamburg, Berlin und Freiburg sind im Herbst Tausende Menschen gegen Mietwucher auf die Straße gegangen und haben eine gesetzliche Obergrenze für Mieten und den Neubau von günstigen Wohnungen gefordert.

Die LINKE. in Köln setzt sich dafür ein, dass sich Mieterinnen und Mieter zusammen schließen und aktiv werden.

**Damit Wohnen bezahlbar bleibt:
Mieten deckeln,
sozialer Wohnungsbau jetzt!**

Wohnungspolitische Konferenz der Partei DIE LINKE

15. Dezember 2012, 11 bis 17 Uhr im InterCityHotel Göttingen

Live-Übertragung: livestream.die-linke.de

DIE LINKE.